

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Februar 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40	Dr. Lippelt, Helmut (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Behrendt, Wolfgang (SPD)	3, 6	Lüth, Heidemarie (PDS)	1, 2
Dr. Brecht, Eberhard (SPD)	10, 11	Nitsch, Egbert (Rendsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 37
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 38	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5
Erlar, Gernot (SPD)	19, 20	Schily, Otto (SPD)	43
Hagemann, Klaus (SPD)	8	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	31, 32
Dr. Hirsch, Burkhard (F.D.P.)	33, 34	Schmidt, Wilhelm (Salzgitter) (SPD)	25, 26
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	15, 16	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 36
Köhne, Rolf (PDS)	14	Wallow, Hans (SPD)	7, 27
Körper, Fritz Rudolf (SPD)	29, 30	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	4, 35
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	44, 45	Weiermann, Wolfgang (SPD)	41, 42
Kubatschka, Horst (SPD)	9	Westrich, Lydia (SPD)	46
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	17, 18	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	12, 13

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordneter
Heidmarie Lüth
(PDS)
Auf welcher gesetzlichen Grundlage und bis zu welcher Höhe können Selbstzahlerinnen und Selbstzahler sowie Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in Alten- und Pflegeheimen zu Zuzahlungen zu Medikamenten, Heil- und Hilfsmitteln und Inkontinenzmaterial herangezogen werden?

2. Abgeordneter
Heidmarie Lüth
(PDS)
Auf welchen Erkenntnissen basieren die unterschiedlichen Angaben des Bundesministers für Gesundheit und des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zum Umfang der medizinischen Behandlungspflege in den Heimen und Einrichtungen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Höhe der Kosten für die medizinische Behandlungspflege in den Alten- und Pflegeheimen für den Zeitraum Juli bis Dezember 1996, falls wider Erwarten keine Angaben vorliegen, wann sind Aussagen zur Problematik zu erwarten, und können diese ohne erneute Aufforderung zur Verfügung gestellt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

3. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
Wird die Bundesregierung auf die Deutsche Post AG einwirken, um zu verhindern, daß Postgüter zukünftig ausschließlich per Lkw und nicht mehr per Bahn transportiert werden, und wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, den Bahnverkehr ebenso wie die Luftfahrt und die Binnenschifffahrt durch eine Befreiung von der Mineralölsteuer zu begünstigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

4. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Warnick
(PDS)
Beabsichtigt der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Klaus Töpfer, trotz seiner bisherigen Beteuerungen, daß das soziale Mietrecht nicht beschnitten wird, den

Vorschlägen der Fraktion der F.D.P. zur Novellierung des Wohnraummietrechtes (Abbau im Kündigungsschutz, Streichung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz usw. – siehe Presseerklärung der Fraktion der F.D.P. Nr. 676 vom 24. Oktober 1996) zu folgen (siehe Interview mit dem wohnungspolitischen Sprecher der Fraktion der F.D.P., Hildebrecht Braun, in der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 4. Februar 1997: „... Der ist längst auf meiner Seite. Wir arbeiten eng zusammen...“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

5. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welcher Begründung lehnt das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie die Förderung eines solaren Nahwärmespeichers auf dem Solar-Campus Jülich ab, obwohl das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie die erste Phase dieses Projektes bereits finanziert hat und obwohl der Projektträger angekündigt hatte, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie auch die zweite Phase als förderungswürdig zu empfehlen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist die Bundesregierung im Gegensatz zu sechzehn anderen europäischen Staaten bisher dem Nord-Süd-Zentrum des Europarates nicht als Mitglied beigetreten, und wann ist mit dem Beitritt zu rechnen?
7. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Auf welche konkreten Einrichtungen bzw. Standortentscheidungen zielen die Äußerungen von Bundesminister Carl-Dieter Spranger, Berlin sei „idealer Standort“ und bleibe „Hochburg der deutschen Entwicklungspolitik“ (siehe ddp-Meldung vom 13. Januar 1997)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

8. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Weshalb hat die Bundesregierung die Ausgleichszahlungen der aufwertungsbedingten Einkommensverluste für Landwirte an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 1997 gestrichen, obwohl die Europäische Union ihren Anteil weiterzahlt, und ist die Bundesregierung angesichts der dadurch verursachten drastischen Beitragserhöhungen für die Landwirte bereit, sowohl die regulären als auch die Sondermittel für die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen wieder auf das Niveau von 1996 anzuheben und anderslautende Planungen bzw. Entscheidungen zu korrigieren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

9. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Zeigt nach Ansicht der Bundesregierung die Tatsache, daß die bislang einzige Container-Schiffslinie zwischen Wien und den Benelux-Staaten zukünftig die Container per Nachtzug zwischen Regensburg und Ludwigshafen transportieren wird und dies damit begründet, die Passage des Main-Donau-Kanals sei aufgrund seiner 52 Schleusen zu zeitraubend, und dabei könnten wegen der Brückendurchfahrten nur zwei Container-Lagen gestapelt werden, während es an der Donau drei seien, daß die Donau zwischen Straubing und Vilshofen für den Containerverkehr offensichtlich auch ohne einen Ausbau schon besser geeignet ist als der Main-Donau-Kanal, und daß im Hinblick auf die Containerschifffahrt somit nicht die Donau zwischen Straubing und Vilshofen die gravierendste Engstelle auf der Strecke zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer ist, sondern der Main-Donau-Kanal?
10. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, bei seinem Amtsantritt keine Finanzierungsplanung für die vier Abschnitte der Bundesstraße B 6n zwischen der niedersächsischen Landesgrenze und Dessau vorgefunden hat, obwohl der Bau dieser Straße als vordringlich eingestuft

wurde, und wie glaubt die Bundesregierung, dennoch die nötigen Finanzmittel aufbringen zu können, um ihren eigenen Ankündigungen bez. der Realisierung des Bauvorhabens gerecht zu werden?

11. Abgeordneter
Dr. Eberhard Brecht
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Landesregierung von Sachsen-Anhalt, daß andere Maßnahmen des Vordringlichen Bedarfs, die bereits begonnen oder fertig geplant sind, nicht ausgesetzt werden können, um die fehlende finanzielle Untersetzung der B 6n auszugleichen?
12. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)
- Treffen Medienberichte (z. B. Berliner Zeitung vom 30. Januar 1997) zu, daß es üblich sei, „Balast-Uran“ in Tragflächen von Flugzeugen einzubauen, und betrifft dies auch Passagiermaschinen der zivilen Luftfahrt?
13. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS)
- Gibt es solches „Balast-Uran“ auch in Flugzeugen der Lufthansa oder anderer deutscher Fluglinien, und welche Strahlenschutzmaßnahmen sind dafür vorgesehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

14. Abgeordneter
Rolf Köhne
(PDS)
- Mit welchem Material soll der Forschungsreaktor Garching II in München, dessen Bau die Bundesregierung fördert, zukünftig betrieben werden, wenn die Produktion von waffentauglichem Nuklearmaterial verboten worden ist (s. Antwort zu Frage 22 in Drucksache 13/6797)?
15. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, damit ein Internationales Jahr der Vertriebenen und Flüchtlinge etwa unter dem Motto „Menschenrechte achten, Vertreibung ächten“ ausgerufen wird?

16. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Informationen, ob und ggf. in welchem Umfang tschechische Opfer des Nationalsozialismus aus konfisziertem sudetendeutschen Vermögen entschädigt worden sind, das laut Benes-Dekret Nr. 108, § 7 (vom 25. Oktober 1945) insbesondere an „Personen, die durch den Krieg, die nationale, rassische oder politische Verfolgung geschädigt wurden“, verteilt werden sollte?
17. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung der Außenwirtschaftsförderung durch die deutschen Vertretungen im Ausland und insbesondere durch qualifiziertes Personal bei?
18. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, eine ausreichende Anzahl qualifizierter Bewerber für den Auswärtigen Dienst und damit für eine leistungsfähige Außenwirtschaftsförderung sicherzustellen, wenn die Attraktivität einer Tätigkeit im Auswärtigen Dienst im Vergleich zu einer Beschäftigung in der freien Wirtschaft infolge der durch die Steuerreformkommission geplanten mindestens 20prozentigen Verringerung der Auslandsbezüge abnimmt?
19. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Auswirkungen haben die seit Januar 1997 geltenden neuen Einfuhr- und Zollbestimmungen der Republik Ukraine auf humanitäre Hilfslieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, negative Auswirkungen, wie z. B. die Einstellung von Hilfslieferungen durch Wohltätigkeitsverbände, als Folge dieser neuen Bestimmungen zu vermeiden?
20. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Unregelmäßigkeiten bei der Auszahlung der Gelder aus dem in Kiew errichteten Fonds „Versöhnung und Verständigung“, über die in jüngster Zeit, besonders im Hinblick auf die „Gradobank“, in ukrainischen Veröffentlichungen berichtet wurde?
21. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Haltung der iranischen Regierung gegenüber Regimekritikern für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Iran ziehen, und ist die Bundesregierung darüber derzeit im Gespräch mit den europäischen Partnern?

22. Abgeordneter
Dr. Helmut Lippelt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung des iranischen Zentralbankchefs Mohsen Nourbakheh, daß die Zusammenarbeit der europäischen Staaten mit dem Iran die Auswirkungen der US-Sanktionen weitgehend auffangen konnte (vgl. Herald Tribune vom 3. Februar 1997)?
23. Abgeordnete
Amke Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie vereinbart die Bundesregierung die lt. Herald Tribune vom 3. Februar 1997 gewährte umfangreiche wirtschaftliche Unterstützung der Regierung in Teheran mit der zunehmenden Verfolgung von Kritikern des Regimes, wie sich z. B. an dem Komplott gegen den Schriftsteller Faradj Sarkuhi oder die Erhöhung des Kopfgeldes gegen Salman Rushdie zeigt (s. „taz“ vom 13. Februar 1997)? *)
24. Abgeordneter
Egbert Nitsch (Rendsburg)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, daß die zuständigen kolumbianischen Behörden bereits vor zehn Jahren im Rahmen von Ermittlungen gegen Werner Mauss und dessen damaligen Wohnungsgeber, den damaligen stellvertretenden kolumbianischen Generalstaatsanwalt wegen der Weiterleitung von Schutzgeldern der Firma M. an die Guerillagruppe ELN durch Werner Mauss Rechtshilfersuchen zwar an die Bundesregierung gerichtet haben, diese Ersuchen aber aus formalen Gründen seitens der deutschen Stellen nicht beantwortet wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

25. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt (Salzgitter)
(SPD)
- Ist es richtig, daß auf Regierungsseite inzwischen sowohl vom Bundesministerium der Finanzen als auch vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Organisationsuntersuchungen vorgenommen worden sind und daß solche Untersuchungen bei drei weiteren Ressorts laufen und bei sieben weiteren Ressorts bevorstehen, obwohl Bundesminister Friedrich Bohl kürzlich im Rahmen der Beantwortung von Fragen an die Bundesregierung zur Benutzung von BGS-Hubschraubern und zu Regierungs-Betriebsausflügen die Einholung eines derartigen Gutachtens durch die Fraktion der SPD kritisiert hat?

*) s. auch Frage 38.

26. Abgeordneter
Wilhelm Schmidt
(Salzgitter)
(SPD)
- Welche Kosten sind für die Organisationsuntersuchungen beim Bundesministerium der Finanzen und beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung entstanden, und wie hoch sind die für die weiteren anstehenden Untersuchungen veranschlagten Kosten?
27. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- In welcher Höhe sind Mittel aus dem Bundesetat für anstehende Investitionen (wie z. B. Baumaßnahmen) in Berlin für die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung (Stiftungsverband Regenbogen) und die Friedrich-Naumann-Stiftung jeweils vorgesehen, und sind diese Haushaltsmittel im von der Bundesregierung genannten Gesamtumzugsetat von 20 Mrd. DM bereits enthalten?
28. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die im Januar 1997 durch die Koordinierungsgruppe der Strafverfolgungs- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zur Terrorismusbekämpfung (KGT) einhellig getroffene Feststellung, daß die „Antiimperialistischen Zellen“ (AIZ) nach der Festnahme von nur zwei Aktivisten nicht mehr fortbestehe und daß auch die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), welche kürzlich eine Neuauflage ihres „überholten“ Konzepts selbst ausschloß, entweder „nicht mehr existent“ sei oder jedenfalls Anschläge gegen Personen durch sie künftig „unwahrscheinlich“ seien („DER SPIEGEL“ 5/1997), und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung hieraus für die Reduzierung der seit den siebziger Jahren eingesetzten beträchtlichen finanziellen und personellen Kapazitäten zur Abwehr des inländischen Terrorismus?
29. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Stellt das Bundesministerium des Innern bei der Übertragung von Fluggastkontrollen an private Unternehmen die gleichen Anforderungen hinsichtlich des Personals wie bei Fluggastkontrollen des Bundesgrenzschutzes (zweimonatige Ausbildung, Ausbildungspläne und Prüfungsvorschriften), und wie wurde die Erfüllung dieser oder evtl. geringerer Anforderungen bei der Gesellschaft festgestellt, die nach einem Bericht der BZ vom 9. Januar 1997 erst nach der Auftragserteilung für die Fluggastkontrolle in Berlin-Tegel Anfang November 1996 Personal suchte und ausbildete?

30. Abgeordneter
Fritz Rudolf Körper
(SPD)
- Trifft es zu, daß ein ehemaliger Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 noch im vergangenen Jahr ein privates Sicherheitsunternehmen beraten hat, das (Mehrheits-)Gesellschafter der jetzt mit der Fluggastkontrolle in Berlin-Tegel betrauten Gesellschaft ist, und hat dieser Ruhestandsbeamte Gespräche mit dem Bundesministerium des Innern oder dem Bundesgrenzschutz in bezug auf die Auftragsvergabe geführt?
31. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung konkrete Erkenntnisse vor, daß nunmehr, nachdem die deutsche Ostgrenze intensiver bewacht wird, eine Verlagerung und ein verstärktes Einsickern von organisierter Kriminalität aus dem skandinavischen Raum erfolgt?
32. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Sorge, daß sich aus Struktur und Grenzkontrollwesen der einheitlichen skandinavischen Paß- und Zollunion Sicherheitsrisiken für Westeuropa ergeben können, weil die Nicht-EU-Länder Norwegen und Island auch dem Schengener Abkommen nicht angehören, und wie will die Bundesregierung ggf. dieser Gefahr begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

33. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Welche Kriterien hat die Rechtsprechung für das Vorliegen des Mietwuchers nach § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes, also die Forderung eines „unangemessen hohen Entgeltes“ entwickelt?
34. Abgeordneter
Dr. Burkhard Hirsch
(F.D.P.)
- Wie viele Verurteilungen hat es in den letzten fünf Jahren nach dieser Ordnungswidrigkeit gegeben, und gibt es irgendwelche Anzeichen dafür, daß diese Ordnungswidrigkeiten eine Auswirkung auf das Investitionsverhalten am Wohnungsmarkt gehabt haben?
35. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Warnick
(PDS)
- Bis wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag nach derzeitiger Voraussicht den angekündigten Gesetzentwurf zum Mietrecht zur Beratung vorlegen?

36. Abgeordneter
**Manfred
Such**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, daß einem Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 16. Januar 1997 zufolge (Ablehnung der Anordnung der Untersuchungshaft) im Mordfall Herrhausen „objektive Anhaltspunkte“ für die Verantwortlichkeit des Beschuldigten Seidler „fehlten“, welchen der Kronzeuge Nonne möglicherweise „bewußt wahrheitswidrig belastet“ habe, und daß der Generalbundesanwalt „unverzichtbare“ Überprüfungen der Glaubwürdigkeit von Nonne unterlassen habe („DER SPIEGEL“ 5/1997), und welche Haltung nimmt die Bundesregierung daher zu der anstehenden Entscheidung des Generalbundesanwalts über eine Anklageerhebung gegen Seidler ein sowie zu der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Nonne wegen falscher Verdächtigung und Vortäuschen einer Straftat (§§ 145 d, 164 des Strafgesetzbuches)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

37. Abgeordneter
**Egbert
Nitsch
(Rendsburg)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind der Bundesregierung Presseberichte (s. spanische Nachrichtenagentur EFE vom 6. Februar 1997, Nassauer Neue Presse, Limburg, vom 8. Februar 1997) bekannt, denen zufolge Werner Mauss einem Hinweis aus der Bundesrepublik Deutschland zufolge 15 000 Gewehre, Pistolen und andere Waffen sowie 200 000 Schuß Munition an Rebellenorganisationen in Kolumbien geliefert haben soll, und von welcher deutschen Behörde sind in dieser Sache Ermittlungen aufgenommen worden?
38. Abgeordnete
**Amke
Dieter-Scheuer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den staatlichen Kreditbürgschaften an den Iran, die lt. Herald Tribune vom 3. Februar 1997 in den letzten 18 Monaten von Europa und Japan in Höhe von 5 Mrd. US-Dollar geleistet wurden, und welche Projekte werden mit deutscher Unterstützung finanziert? *)

*) s. auch Frage 23.

39. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche finanziellen oder politischen Unterstützungsmaßnahmen seitens der Bundesregierung bezüglich eines eventuellen Exports des Transrapid bzw. des Exports von Neigezugtechnik durch die Firma Adtranz hat der Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Günter Rexrodt, bei seinen Gesprächen mit der australischen Regierung, vorrangig mit dem australischen Verkehrsminister John Sharp, vereinbart, in Aussicht gestellt oder als „möglich“ in Erwägung gezogen (z. B. „taz“ vom 12. Februar 1997)?
40. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten und materiell wie inhaltlich über das bereits in der Unterrichtung des Bundesministeriums für Verkehr an den Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages vom April 1996 berichtete Interesse hinausgehenden Kaufabsichten hat die australische Regierung bzw. deren Verkehrsminister John Sharp am Transrapid bekundet, und welche Zusagen sowie Absichtserklärungen seitens der australischen Regierung bzw. deren Verkehrsminister liegen der Bundesregierung vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

41. Abgeordneter
**Wolfgang
Weiermann**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die gesetzliche Änderung, durch die seit dem 1. Januar 1997 die Mittel für die Förderung lernbehinderter Schüler gestrichen wurden und aufgrund derer fast alle Schüler, die Lernbehinderten-Schulen besuchen, ohne jede Fördermöglichkeit und damit dann ohne Ausbildung bleiben, rückgängig machen, und wann wird dies geschehen?
42. Abgeordneter
**Wolfgang
Weiermann**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die benötigten finanziellen Mittel für diese zwingend gebotene Gesetzeskorrektur, die eine weitere Benachteiligung der ohnehin Benachteiligten abwenden soll, zur Verfügung stellen, und in welcher Höhe wird dies geschehen?

43. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Rechtsauffassung, wonach es nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches unzulässig ist, wenn ein Sozialamtsbediensteter auf ein polizeiliches Ersuchen ohne richterliche Übermittlungsanordnung eine Terminvereinbarung in der Dienststelle mitteilt bzw. wenn die Sozialbehörde Aufenthaltsanfragen der Polizei speichert oder sonst vermerkt und der Polizei künftige Aufenthalte des Betroffenen in der Sozialbehörde mitteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

44. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Trifft es zu, daß im Bundesministerium der Verteidigung ein Arbeitspapier zur „Restrukturierung der deutschen Rüstungsindustrie“ erstellt worden ist bzw. zur Zeit erstellt wird, und wenn ja, welche Zielsetzung wird damit angestrebt?
45. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Trifft es zu, daß es Planungen im Bundesministerium der Verteidigung gibt, nach denen zukünftige Aufträge nur an Firmen vergeben werden sollen, die zu einem vom Bundesministerium der Verteidigung festgelegten „Kernbestand“ der wehrtechnischen Industrie gehören?
46. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in einem als Erholungsgebiet genutzten Gelände (Rodalben, Kreis Südwestpfalz) vier Raketen vom Typ „Smokey Sam“ mit der Aufschrift „Danger-Explosive“ gefunden worden sind, die von einem nahe gelegenen Militärgelände abgefeuert wurden, und was wird sie unternehmen, daß derartige Vorfälle für die Zukunft ausgeschlossen werden bzw. sich ausschließlich auf militärisches Gelände beschränken (s. Rheinpfalz vom 13. Februar 1997)?

Bonn, den 14. Februar 1997

